

# Berliner Tageblatt

## und Handels-Zeitung.



### Der Streit der Sozialdemokraten.

Herr v. Vollmar legt in einem dritten Artikel zur „Fahnen-erhebung Bebel's“ die Polemik gegen den Berliner Führer energisch fort. Er kommt zunächst noch einmal auf den Widerspruch in Bebel's Verhalten zurück. Entweder, meint er, habe Bebel schon in Frankfurt seine pessimistische Auffassung von der Lage der Partei gehabt; dann sei es eine bewusste Verfälschung der Partei und eine Flichtverletzung, wie sie sich anger nicht denken ließe, gewesen, daß er von den schweren Gefahren, in denen sich die Partei befinden soll, nicht nur nichts habe ahnen lassen, sondern sie im Gegenteil in dem Glauben bestärkt habe, daß abgesehen von einigen kleinen Einzelheiten, alles aufs Beste bestellt sei. Oder Bebel habe damals wirklich gesprochen, wie er gedacht; wie aber ist dann die Entfaltung von Bebel's Berliner Rede zu begreifen? Darauf gibt Vollmar folgende hübsche Antwort:

Man muß sich erinnern, daß die Geschichte, die jetzt Bebel vom moralischen Niedergang der Partei erzählt, durchaus nichts Neues ist. Die Vorwürfe des Opportunismus, der Steinbürgerei, der Verhumpfung, und wie die schönen Synonyma alle heißen, sind wohl so alt wie die Partei selbst, d. h. so lange im v.a.u.d., als Bebel thätig ist. Wohl haben ja auch andere Parteigenossen sich zeitweilig aus Marx'schen und Ueberpropheten verlegt. Man denke nur an Karl Marx' bekannte Kritik des Gothaer Vereinigungsprogramms, in der er Worte wie „verwerflich“, „demoralisierend“, „Fingierensache“ anwandte und das Schlimmste für die Partei vorausahnte; was letztere befallentlich nicht geküßelt hat, föhlich weiter zu wachsen und zu gedeihen. Am treuesten aber blieb seiner alten Meinung für die „Verhumpfung“ und was dazu gehört August Bebel. Wer seine Parteilichkeit verlagert, der wird haben, daß er es nie lange ohne dieses Recht ansetzten konnte. In seinen zahlreicheren mündlichen und schriftlichen Reden finden sich die Verurteilungen, aber schließlich mit den heftigsten Prophezeiungen vom unheilbar barockhaften Kollaps der Partei, mit einer gewissen Regelmäßigkeit, gerückt.

Vollmar erhärtet diesen Vorwurf durch Beispiele und führt dann fort:

Die Gewohnheit ist des Menschen zweite Natur; und wenn man sie will der Gabel austriebe, sie wird immer wieder zurückkehren. Wer sich einmal daran gewöhnt hat, Gassen zu eilen, den erdienen sie bald am besten Wege, und wenn er sie selbst verlassen wollte. So geht es Bebel mit seinem Verhumpfungsgespenst. Wenn er in guter Stimmung ist und ihm Alles nach Wunsch geht, so denkt er nicht daran. Aber die See des Gewissens ist bei seinem Menschen leidet durch jeden Schritt in Bewegung zu bringen als bei Bebel. Und wenn gar seine feindsigere Wille unvorstellbar ersten Schwierigkeiten begegnen, dann schämt und hocht es sich, und die augenblicklichen Wege werden sich nicht gegen das Hindernis, um es nun jeden Preis zu überwinden. Aber das gelingt ihnen nicht immer und in neuerer Zeit weniger als früher. In diesem Kampf erweist dann plötzlich das alte Gespenst, und sobald Bebel es nur erst gesehen hat, dehnt es seine Glieder und schwillt an, bis es riesengroß ist und die ganze Phantasie erfüllt, so daß kein Mann für ruhige Ueberlegung mehr bleibt. Und dann reut Bebel wohlweils hin und hält eine Rede, wie die in Berlin.

Man sieht sich eine solche hysterische Exaltation ganz gut an und wird sich bereit in einer Vorklage die Partei recht interessant sein. Aber das Leben einer Partei und vor Allen das einer Kampfpartei, wie der Sozialdemokratie, kann sich doch nicht bloß nach solchen persönlichen Gemüths- momenten richten.

Die harte Wirklichkeit muß härtere Forderungen stellen, und es hätte Bebel selbst den schärfsten Dienst erwiesen, wenn man — und wie es, um ihn einem verdienten scharfen Tadel zu entziehen — ihn nicht erster nehmen wollte. Und so bleibt denn nur das Urtheil übrig: daß die Bewegungskräfte von Bebel's Anstreben in seiner verkehrten Eigenschaft und unzugänglichen Rechtshaberei und Selbstherrlichkeit zu suchen sind, die ihn — den Führer einer demokratischen Partei — seine Person haben über das öffentliche Parteinteresse stellen lassen, zum Vergehen und Schaden der Sozialdemokratie und nur den Gegnern zur Freude und zum Nutzen.

Nebenher läßt sich auch Grillenberger in der „Frankf. Ztg.“ wieder vernehmen, aber seine Ausführungen verdienen nicht dasselbe Interesse, wie die Vollmar'schen; denn sie arten in kleintliches persönliches Gejank aus. Bemerkenswerth erscheint nur der Schluss des Artikels, in dem es von Bebel heißt:

Und dann zählt er noch in echt kleinprophetischer Manier auf, welche Geldbeiträge aus der allgemeinen Parteikasse in einem längeren Zeitraum nach Bayern geflossen sind. Er führt darunter auch die Dänen der bayerischen Reichstagsabgeordneten auf (!) und wirft uns vor, daß dem „Münchener Geschäft“ in schweren Zeiten auch einmal von Partei wegen geholfen wurde! Daraus können alle diejenigen, welche schon einmal aus Parteimittelem Interesse sich über eine Entschädigung oder auch Beiträge zur Liquidation empfangen haben, die Behe ziehen, daß sie Gefahr laufen, dies von Genossen Bebel öffentlich vorgelesen zu bekommen, wenn sie sich erlauben, risikollos eine eigene Meinung gegen über den Ansichten Bebel's zu vernehmen. Woblich, wie hätte nicht gedacht, dem Genossen Bebel je auf diesem Niveau begegnen zu müssen. Wie werden übrigens noch vor einem anderen Herrn Bebel zur Weichenhaft ziehen. Konstatieren wollen wir noch, daß bis jetzt alle Parteiblätter, welche die Streitfrage selbstständig behandeln, dem Genossen Bebel fastlich Unrecht geben.

Der „Frankfurter Tagespost“ antwortet Bebel im „Vorwärts“ mit einer nichtsagenden Erklärung. Herr v. Vollmar will er erst antworten, wenn die Artikelserie „Bebel's Fahnen-erhebung“ in der „Münch. Post“ beendet ist. Inzwischen hat das Centralorgan über Nacht seine Meinung geändert, aber wie es, um den Frontwechsel zu verdeutlichen, selbst sagt, es ist mißverstandener worden. Es veröffentlicht „In eigener Sache“ nachstehende Erklärung:

In unserem gestrigen Artikel mit der gleichen Spitzmarke heißt es, daß das Urtheil, welches wir in den Zeitschriften des „Vorwärts“ über den Frankfurter Artikel gefällt haben, „in diametralem Gegensatz zu dem von Bebel in der Verammlung am 14. November Gelegenen“ steht. Damit war lediglich erklärt, daß wir das pessimistische Urtheil Bebel's über den ganzen Verlauf der Verhandlungen und das geistige Niveau des Parteitag's sowie eines Theils der Partei in seiner Weise billigen und nur in jenen Artikeln formuliertes günstiges Urtheil nicht zurückziehen können.

Unsere Aeußerung ist aber auch dahin mißverstandener worden, als hätten wir uns gegen die Erklärung Bebel's zu den auf dem Parteitage verhandelten Fragen erklärt. Das ist ein Irrthum.

Die Uebel'sche Resolution über die Politik in den Landtagen war von Bedeutung nicht nur mitunterzeichnet, sondern auch mitgetragen; und in der Vorklage steht die Erklärung, wie er auch geflohen in einer Volksversammlung ausführte, seit einem Vierteljahrhundert auf demselben Standpunkte wie Bebel.

Mit dieser Erklärung wird der „Vorwärts“ bei den Süddeutschen voranschickend sein Glück haben. Vollmar hat seine merkwürdigen Angriffe gegen Bebel damit motiviert, daß der Parteivorstand und das Centralorgan ihres Unthes nicht gewarnt, sie hätten Bebel's Anstreben in Berlin offen und gerade tadeln müssen. Die erste Erklärung des „Vorwärts“ sollte dieser Vorwurf entkräften, man müsse annehmen, das Blatt stehe in dieser Frage auf Seiten Vollmar's. Wenn es jetzt wieder ein Hoch zurücksetzt, so dürfte das wohl auf den Einfluß Bebel's zurückzuführen sein, denn, wie wir gestern im Gegensatz zum „Vorwärts“ betonten, mindestens ein großer Theil der sozialdemokratischen Partei sich nicht zu entziehen vermag, wenn diese auch noch so gut disciplinirt ist.

Den Aussichten des neuesten Aufsatz stellt A. v. G. Dr. Warkh in der letzten Nummer der „Nation“ ein wenig günstige Prognostikon. Bei der Beworrenheit der Parteiverhältnisse im Reichstage und der Schwäche der ehe-maligen Träger der Parteipolitik würden die neuen Steuerleute, die zur Führung des Reichstages berufen sind, schwerliche Neigung und Verzicht genaug verfahren, um in dem herrschenden dicken Nebel munter darauf los zu fahren. Allerdings könne die Regierung in der Frage der sogenannten Umfuzungsgesetzung nicht mehr zurück.

„Nachdem“, schreibt Herr Warkh, bereits eine Anzahl Minister bei dem Gebiet des Centrums umgelenkt sind, muß man schon Aufstandshaber den Versuch, das Vaterland zu retten, weiter treiben. Doch man sich leutens der Regierung aber ob dieser Vorlage stark erheben wird, ist kaum anzunehmen. Man wird vermuthlich sich sehr, mit guter Art davonzukommen. Aber selbst das ist nicht ganz leicht. Nur wenn es sich um eine recht ungeschickte weise Sache handelt, ist die Annahme von Reichstags einmengen sicher. Die Kunst wird darin bestehen, ein Gesetz zu formulieren, das zwar nichts nicht, aber auch nichts schadet und das dabei doch nicht so läppisch ist, um die Feinheit der Sozialdemokraten zu erregen. Gelingt es, unter Wahrung des äußeren Scheins, diese unbequeme Gehstalt zu liquidieren, so wird man noch einen zweiten großen Stein des Anstoßes, die Steuerfrage, zu überbrücken haben.“

Die Ansichten der Tabakfabrikationsvorlage aber seien nicht günstig geworden, nachdem die Entwidelung der Ein-nahmen des Reichs und Preussens den Optimisten mehr als den Pessimisten Recht gegeben habe.

Es liegt darauf auf der Hand, daß, wenn die gegenwärtige Reichsregierung sich nicht darauf beschränkt, politisch von Stand in den Mund zu legen, wenn sie den Ehrgeiz hat, noch mehr zu thun, als bloß die Maschine notwendig im Gange zu erhalten, das Centrum ganz oder theilweise gewonnen werden muß. Aber auch ein solcher Entschluß ist leichter gesagt als ausgeführt. Stünde noch heute ein Windhorst auf der Spitze des Centrums, so wäre es vielleicht möglich, mit dem Centrum — unter erheblichen Opfern auf dem Gebiete von Kirche und Schule — zu einem politischen Abkommen zu gelangen. Aber ein Politiker, der wie Windhorst Protona für so schwierige Transaktionen behält, ist in der Centrumsparthei nicht mehr vorhanden. Die Mandatfähigkeit des Centrums, die unter Windhorst ungewöhnlich groß war, ist heute geringer als die jeder anderen Partei. Mit dem Centrum zu partiren, ist deshalb schon an sich ein schwieriges Ding, selbst wenn die Regierung zum weitesten Entgegenkommen bereit sein sollte. Dies Entgegenkommen darf andererseits nicht so weit gehen, daß die Nationalliberalen und die Freikonservativen alles Raub vor den Kopf gehalten werden.“

Man sieht, zu diesem Ergebnis kommt der freireinliche Parlamentarier, wie groß die Schwierigkeiten sind, sobald man sich auch nur ansieht, die von den Kritikern des Caprivischen Regiments so hässlich belagerte, „zielbewußte und einheitliche Politik“ zu verwirklichen. Daß durch eine Reichstagsauflösung diese Schwierigkeiten beseitigt werden könnten, ist einwillen noch höchst ungewöhnlich. Immerhin wird der Gedanke, eine solche herkömmliche Kur zu versuchen, sich bald genug aufdrängen. Zunächst aber, bis die Reaktionen genug zu Kräften gekommen sind, werden wir uns in Reichs wahl auf eine Variation der Taafischen Politik des „Fortwärtels“ gefast zu machen haben.

Das „Interview mit dem Grafen Herbert Bismarck“ in der „All. Mail Gazette“, von dem wir in einer Londoner Depeche Notiz genommen hatten, ist erschienen. Die Hamb. Nachr. veröffentlicht folgende Erklärung:

Schönhausen, 22. November 1894.  
Ein Berliner Blatt von gestern bringt die Nachricht, daß die Londoner „All Mail Gazette“ ein angebliches „Interview“ mit mir veröffentlicht hat. Der Text liegt mir nicht vor; es kommt indessen nicht darauf an, was er enthält, da er auf freier Erfindung beruht. Wenn die Berliner Nachricht über die Auslösung der „All Mail Gazette“ zutreffend ist, so ist letztere das Opfer einer großen Täuschung geworden.  
Graf Bismarck-Schönhausen.

Ein schwerer Schlag steht dem Gastwirthsgewerbe in Braunschweig bevor. Unser dortiger E.-K. Korrespondent schreibt uns am 21. November darüber: Die herzogliche Polizeidirektion beabsichtigt nämlich, für sämtliche Gastwirthsbetriebe (Hotels, Cafes, Restaurationen) eine Feierabendruhe festzusetzen, und zwar sollen die Cafes und Restaurationen erster Klasse künftig um ein Uhr Nachts, die Wirthschaften zweiter Klasse dagegen um elf Uhr Abends schließen. Einen „Verzicht“ nach dieser Richtung machte die Polizeibehörde schon am vorigen Frei-

### Olliviers „L'Empire liberal.“

(Telegramm unseres Korrespondenten.)  
Paris, 24. November.

Emile Ollivier, „der Mann des leichten Herzens“, der im Jahre 1870 die Verantwortlichkeit für den Krieg übernahm, läßt am morgigen Sonntag bei Garnier den ersten Band eines siebenbändigen Werkes „L'Empire liberal“ erscheinen, das die Resultate einer langjährigen Arbeit enthält, in der er die Ideen und That-sachen, die zum Kriege 1870 geführt haben, sowie den Krieg selbst mit Berücksichtigung neuer Details darzustellen will. Der Zweck der Darstellung ist, nach seinen eigenen Worten, nicht seine persönliche Verteidigung gegen ein Urtheil der Geschichte, das ihn dem Hof, der Bezeichnung und der politischen Unthätigkeit geweiht hat, als vielmehr der Wunsch, aus Vaterlandsliebe Frankreich von dem Vorwurf weis zu waschen, Glend, Mißtrauen, Hof und Barbarei unter den Büßern entsetzt zu haben. „Ich will zeigen“, erklärt er, „daß Frankreich im Jahre 1870 nicht aggressiv war als 1792 und 1806, daß Frankreich nur seine Unabhängigkeit verteidigt hat, ohne diejenige eines anderen anzutasten.“

Darum man sich hiernach schon auf bedeutende Geschichtsverdrängungen und Sophismen gefast machen, so wird diese Annahme noch durch die heute im Wortlaut vorliegende Vorrede des Werkes bestätigt. Da diese Vorrede in novo die Anknüpfung des ganzen Werkes enthält, so mögen aus ihr einige Anzüge mitgetheilt werden. 1866 und 1867 sind nach Ollivier die verhängnisvollen Jahre, in denen sich das Geschick des zweiten Kaiserreichs entschieden hat, in denen das Nationalitätsprinzip verfallen und das Eroberungsprinzip zu Gunsten Preussens wieder erweckt worden ist. Wenn 1870 das Jahr des militärischen Zusammen-bruchs zu nennen ist, ist 1866 dasjenige des politischen Zusammen-bruchs. „Daher ist nichts tragischer“, schreibt Ollivier, „als die Geschichte des Ministeriums von 2. Januar, das heißt des Ministeriums Ollivier. Sie erinnert an diejenige der Minis-terien in Romeo und Julia“, die, zum Hochzeitsmahls ge-

laden, gerade zur Zeit der Todtenlage eintreffen. In dem ganzen Ministerium herrschte seit dem Jahre 1866 die feste Ansicht, den unvermeidlich gewordenen blutigen Konflikt nicht voreilig herbeizuführen, sondern im Gegen-satz durch voranschauende Enthaltenskeit und beiderseitige Abmilderung abzumildern. Die Freiheitswahr Allen thener, weil man in ihre eine Friedensgarantie erblickte. Dieses erbliche und von Leidenschaftlich er Friedenstriebe erfüllte Ministerium hat das vollende Rad des Geschicks nicht anhalten können. Es ist ge-zwungen worden, unvorbereitet ein Kriegsministerium zu werden, es ist durch das Falsum, das stärker als sein Wille war, fortgerissen, unterjocht und besieg worden.“

Nach dieser ebenso phrasenreichen, wie innerlich unwhären Über-thebung geht Ollivier mit einer aus Cynische grenzenden Ver-schämtheit auf den Kernpunkt der Streitfrage zwischen Deutschland und Frankreich ein. Seit Jahrhunderten bestand zwischen Deutschland und Frankreich der Kampf um die natürlichen Grenzen. Der Rhein genügte Deutschland nicht, Deutschlands Kriegsteule geben vor, die Berge und nicht die Flüsse seien die wirklichen Grenzen und verlangen deshalb den westlichen Abgang der Bogen im Interesse von Deutsch-lands Sicherheit. Aber weniger gierig als die Deutschen, begnügten sich die Franzosen mit den linken Rheinufer und verlangten nicht den östlichen Abgang des Schwarzwaldes, worauf ihnen die presen-tischen Theorien ein Anrecht gegeben hätten. Die französische Forderung des linken Rheinufer ist sehr alt. Schon im alten Jahr-hundert sieht man die Rheingrenze aufstanden. In der Politik Philipp Augusts hinterließ sie sichbare Spuren, Karl VII. strebte sie an, Napoleon näherte sich ihr, Ludwig XIV. fand im Begriff sie zu verlangen und die Revolution verurtheilte sie. Gezwungen anzutreten, um sich zu verteidigen, und in dem Traum besungen, aus Frankreich das erste Volk der Welt zu machen, ging Napoleon weiter über sie hinaus. Selbst in den Stunden des Mißgünstigen wollte er sie nicht aufgeben. Wenn die Nation den Frieden auf Grund der alten Grenzen will, erklärte Napoleon, so werde ich ihr ge-horchen und ihr sagen: „Ende die einen anderen Regenten, ich bin

zu groß für dich; einen solchen Frieden kann nur ein Bourbonne machen.“ Die Bourbonnen machten den Frieden, Deutschland erhielt den Hingehng der Bogen nicht und Frankreich behielt im Glanz und in Ehrung den Zugang zum Rhein.

Anstatt aus dieser seiner eigenen Entwidlung den logischen Schluss zu ziehen, daß Frankreich Deutschland gegenüber seit Jahr-hunderten eine Eroberungspolitik eilt, entwickelt Ollivier in seinem ganzen Werk gerade den entgegengesetzten Gedanken, daß Frankreich nur den Nationalitätsgedanken hochgehalten hat, wo-gegen Preussens Eroberungspolitik den Paßt von 1815 zerissen habe. Direkt komisch ist seine Methode, Frankreich von der Verantwort-lichkeit des letzten Krieges zu befreien. „Hat etwa die französische Regierung“, fragt er, „Bismarck und Prim gebeten, ohne ihr Vor-wissen, insgeheim in Antwerpen, wie bei einem Komplott, die Kandidatur des preussischen Prinzen zu organisieren, gegen die Bonedetti in Berlin schon 1869 protestirt hatte? Hat sie etwa Bismarck gebeten, ein Telegramm sopsittlich zu ver-drehen und in allen Städten, in den Zeitungen und Kanälen die Nachricht verbreiten zu lassen, daß der König von Preußen sich gewahrt habe, unsern Gesandten zu empfangen, und seine For-derungen vorworfen? Ohne diese beiden Thatfachen hätten wir den Krieg nicht gehabt. Beide ist einzig und allein Preußen zu-zuschreiben. Ergo ist nach Ollivier Preußen das Karneval, das an-gefangen hat. Warum, verachtet Herr Sobyl, muß man den Er-minister fragen, gehen Sie nicht auf diese Forderungen, die an den König von Preußen gestellt wurden, ein, durch die doch der Krieg veranlaßt worden und die gewiß nicht von der preussischen Regierung formuliert worden waren? Statt dessen feht nur die herkömmliche Wehnung wieder, daß Preußen den Paßt von 1815 zerissen und durch seine Wer-marsch bis zu den Bogen Frankreich gezwungen habe, wieder die Offensive nach dem Abgang des Schwarzwaldes oder mindestens bis zum Rhein zu ergreifen, Punkte, zu denen Frankreich vom Frieden des gestellten Weg und Ehrung gerufen wurde.

Das ist das alte Lied, das uns vorgelungen wird, und man muß nur darüber trauern, daß ein Mann mit einem so vollkommenen











